

China in der westlichen Öffentlichkeit

*„Gemeinsam gegen China!“ Das vermeldeten einige deutsche Pressekommentare zum neu belebten transatlantischen Verhältnis unter US-Präsident Joe Biden. In der Gewissheit, dass die USA „Alliierte im Ringen um die globale Vorherrschaft“ braucht, ermunterten auch deutsche Journalist*innen die Politik dazu, sich der neuen Großmacht Konkurrenz zu stellen. Gemeinsam wollen die G-7-Staaten den wachsenden Einfluss Pekings in der Welt bremsen.*

4. AUGUST 2021 VON JOHANNES SCHILLO

Nach dem G7- und NATO-Gipfel vom Juni 2021 wird die „heilige Verpflichtung“ (Biden), im größten Militärbündnis der Welt zusammenzustehen, in deutschen Medien ungefiltert geteilt. Kritische Nachfragen gelten eher dem mangelnden Mut europäischer Partner. Das von „Biden nach Cornwall mitgebrachte Konkurrenzprojekt der G7 zur chinesischen Seidenstraßen-Initiative ist zumindest ein Anfang“, hieß es dazu in der „Welt“. Leider hätten Berlin und Paris jedoch wieder auf „unverbindlichen Formulierungen im G-7-Kommuniqué für den Umgang mit Peking“ bestanden. Bei aller Konkurrenz um globale Vorherrschaft werden natürlich die wohltätigen Aufgaben nicht vergessen. „Der Westen“ werde sich „jetzt in erster Linie daran messen lassen müssen, ob er der Welt beim Kampf gegen das Virus schneller hilft als China.“

Da so viel Gutes auf dem Globus zu tun ist, häufen sich in der Öffentlichkeit die Berichte über unhaltbare Zustände im fernöstlichen Reich der Mitte, die nach westlicher Einflussnahme verlangen – bis hin zu deutschen Kriegsschiffen, die im Indopazifik für Ordnung sorgen sollen. Aber auch eine Bestrafung für allerlei – bereits erfolgte oder drohende – Schandtaten muss sein, natürlich stets im Namen der Menschenrechte.

Jenseits des Mainstreams

Die Journalistin und Politikwissenschaftlerin Renate Dillmann hat diese Fixierung auf den „[Feind in Asien](#)“ einer kritischen Analyse unterzogen. Als Erstes hält sie die Banalität fest, dass „autoritäres Regieren für die USA per se kein Grund für Feindseligkeiten“ sei. So habe Washington ja schon „Herrscher von ganz anderem Kaliber zu Freunden erklärt – wie den Saudi-Arabischen König Salman und den ägyptischen Putsch-General Al Sisi – oder selbst an die Macht gebracht – wie den Schah im Iran oder Pinochet in Chile. Letztere übrigens jeweils gegen demokratisch gewählte Politiker. Und auch bei Menschenrechtsverletzungen gegen Minderheiten, selbst Genoziden seien US-Präsidenten nicht gerade zimperlich, wenn es ihnen geopolitisch in den Kram passe.“

Doch leider, so Dillmann, werde Feindbildpflege – nicht nur in der „Bildzeitung“ und verwandten Medien – immer mehr zum „journalistischen Kerngeschäft“. In Distanz zu einer solchen Parteinahme, aber auch zur Selbstdarstellung und den „Narrativen“ der chinesischen Seite unternahm die Autorin 2009 mit ihrer Publikation „China – Ein Lehrstück“ den Versuch einer sachlichen Aufarbeitung dieses welthistorischen Sonderfalls, nämlich des Aufstiegs eines „unterentwickelten“ Landes in die Oberliga der Staatenkonkurrenz während gerade mal einer Generation.

Das [Buch](#) ist zum Sommer 2021 in einer aktualisierten Ausgabe erschienen. Es setzt sich mit den alten und neuen Liebhaber*innen des chinesischen Weges auseinander, mit den Bewunderer*innen der (anti-)imperialistischen Karriere, die als Ausnahmefall einem Land der „Dritten Welt“ gelang. In der Hauptsache bringt es einen klar strukturierten Überblick über das Projekt des chinesischen Aufbruchs. Der reicht von den Zeiten des europäischen Imperialismus, der, gerade auch unter deutscher Mitwirkung, das Land brutal für die koloniale Ausnutzung erschloss, über die nationale Emanzipationsbewegung der Mao-Zeit und ihre rücksichtslosen Aufbau-Experimente (Teil I) bis zur „Wende“ der 1970er Jahre und der folgenden Übernahme marktwirtschaftlicher Erfolgsrezepte, die das Land zu einem (mit-)entscheidenden Akteur in Sachen Weltmarkt und Weltpolitik machten (Teil II).

Die Neuausgabe trägt die jüngsten Entwicklungen nach. Dabei geht es vor allem um die Ökonomie (Fortschritte der Produktion, Binnenmarkt, Löhne), um die Gesellschaftspolitik (Sozialversicherungen, Überwachungsstaat, samt Exkurs zur chinesischen Corona-Politik) und um die Außenpolitik (Neue Seidenstraße, Aufrüstung). Thema ist dabei auch die Repression im Innern, die an den Fällen [Hongkong](#) und Uiguren-Minderheit zur Sprache gebracht wird. Die beiden Punkte sind Teil einer längeren Auseinandersetzung mit der Darstellung Chinas in den deutschen Medien, die sich auch auf Teile der Fachliteratur erstreckt, in der das Land prinzipiell unter dem Titel „Herausforderung“ firmiert.

Dillmanns Analyse ist mit zahlreichen Informationen zu Quellen, Dokumenten und weiteren Materialien angereichert. Das in der Buchmacherei erschienene Buch wird dabei durch eine Materialsammlung ergänzt, die auf der [Website der Autorin](#) abrufbar ist. So werden Informationen nicht nur mit Blick auf China, sondern zur kolonialistischen Tradition Europas geboten, die mittlerweile stärker in den Fokus der hiesigen Erinnerungskultur gerückt ist.

Ein wichtiger wissenschaftlicher Verdienst dieser Landeskunde liegt in der Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Kommunismus und Nation. Ausgehend von Fragen, die die gesamte Geschichte der Arbeiterbewegung betreffen, kommt Dillmanns Analyse zu dem Ergebnis, dass im „nationalen Denken“ ein, wenn nicht der entscheidende Erklärungsschlüssel für Maos Politik zu finden sei. Antikapitalismus – etwa im Sinne von Marx, der nach wie vor die Berufungsinstanz der KP China ist – war das Programm jedenfalls nicht, so ihr Fazit. Erst wenn man sich dieses nationalistische (Selbst-)Missverständnis klar mache, komme man den scheinbar rätselhaften Wendungen und Entgleisungen der VR China bis hin zur Abkehr vom Sozialismus auf die Spur.